

EDITORIAL

❖ „Wir werden dagegen kämpfen“, sagte der einstige Stellvertreter Erich Mielkes, der frühere General Wolfgang Schwanitz, vor einigen Wochen im *Spiegel* und meinte damit die klare Benennung von Stasi-Taten als Unrecht. Ein Satz, der aufhorchen lässt. Nicht dass es eine besondere Überraschung wäre, von einem „Wir-Gefühl“ der alten Kameraden zu hören: „Selbsthilfegruppen“, die etwas von der nach wie vor straffen Organisation der ehemaligen Stasi-Offiziere erahnen lassen, wie das „Insiderkomitee“ in Berlin-Hohenschönhausen existieren schließlich schon länger. Neu ist die selbstbewusste Unverfrorenheit, die aus diesen Worten spricht und seit einigen Monaten immer ungebremster an die Oberfläche dringt – beispielsweise beim organisierten „Veteranentreff“ während einer Gedenkveranstaltung in Hohenschönhausen, über den Karl Wilhelm Fricke in diesem Heft berichtet. Der Versuch, einen Unrechtsstaat im Nachhinein mit den alten Strategien der Desinformation demokratisch aufzupolieren und damit historische Tatsachen umzudeuten, wird mit der gleichen stoischen Hartnäckigkeit betrieben, mit der auch die „Operativen Vorgänge“ des MfS „bearbeitet“ worden sind.

Dahinter steckt, dass die alten Funktionäre eine schlechte und eine gute Nachricht für sich als gewinnbringend erkannt haben: Die schlechte, ja alarmierende Nachricht ist, dass in Umfragen wiederholt mehr als dreißig Prozent der Befragten in den neuen Ländern es abgelehnt haben, die DDR als Diktatur zu bezeichnen. Eine Tatsache, die zum politischen Handeln zwingt und deutlich macht, wie wichtig es – nicht nur im Osten – wäre, diese zweite deutsche Diktatur verpflichtend in die Lehrpläne aufzunehmen.



Die – eigentlich – gute Nachricht: Das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit an der Aufarbeitung der Taten des SED-Regimes, das über viele Jahre vor sich hin gedümpelt hat, nimmt langsam, aber stetig zu. Und dies geschieht – nicht nur, aber auch – wegen des Erfolgs des Filmes „Das Leben der Anderen“ in den deutschen Kinos. Ohne Zweifel hat ferner die nicht ganz unumstrittene Arbeit der Sabrow-Kommission für Aufmerksamkeit gesorgt. Diesen erfreulichen Trend gilt es zugleich sorgsam zu beobachten, denn – und hier schließt sich der Kreis – er bietet denjenigen, die „Schild und Schwert“ der Partei von den dunklen Flecken der Vergangenheit reinwaschen wollen, ein breites Spielfeld für ihren Geschichtsrevisionismus.

Umso notwendiger ist es, das wachsende öffentliche Interesse positiv aufzugreifen und Wahrheiten auf drei Wegen klar zu vermitteln: durch Orte der authentischen Erinnerung die – zum Beispiel in der Normannenstraße – geschaffen oder deren Existenz gesichert werden muss. Zweitens: Nicht nur die Schulen, auch die politische Bildung muss ihre Verantwortung noch stärker wahrnehmen, aber auch über die finanziellen Voraussetzungen verfügen. Und drittens: eine ebenso zügige wie sorgfältige Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen. Dass gewichtige Stimmen aller Parteien – auch gegen Widerstände – eine baldige Publikation der Rosenholz-Dateien fordern und damit zur Wahrheitsfindung in den eigenen Reihen beitragen wollen, macht optimistisch. ❖

Michael Borchert